Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 100 (2006)
Heft: 3

Rubrik: Kolumne : es geht um Rohstoffe, nicht um Menschenrechte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Josef Lang

Es geht um Rohstoffe, nicht um Menschenrechte

Der gleiche Bundesrat, dem die Loyalität zu den USA über den Menschenrechten steht, hat ein Freihandelsabkommen mit den gleichen USA zum Scheitern gebracht. Stellt das meine in der WoZ (4. August 2005) aufgestellte These, dass der Bundesrat in der ersten Hälfte des Jahres einen *Kurswechsel zu den USA* vollzogen hat, in Frage? Damals hatte ich unter Hinweis auf die Panzerexporte nach Irak und Pakistan oder auf die am 19. Mai 2005 vom Gesamtbundesrat bekannt gegebenen «qualitativen und quantitativen Verbesserungen» der Zusammenarbeit mit den USA eine «aussenpolitischen Wende» festgestellt. In der Zwischenzeit ist noch die CIA-Affäre dazu gekommen.

Bereits im damaligen Kommentar *«Die Schweiz dockt an»* hatte ich betont: «Der wichtigste Grund für eine neue Aussenpolitik dürfte aber darin liegen, dass sich der Bundesrat macht- und sicherheitspolitisch stärker ins Schlepptau der USA begeben will.» Die wirtschaftliche Zusammenarbeit läuft auch ohne besondere Abkommen, das zeigen nicht zuletzt die Riesengewinne der Pharmakonzerne. Auch für die USA ist die aussenpolitische, insbesondere die sicherheitspolitische Loyalität der Schweiz viel wichtiger als die Erhöhung der Exportchancen für die Agrarwirtschaft.

Die USA beurteilen die Welt aufgrund ihres Verhältnisses zum «war on terror». Wer mitmacht, wird belohnt, wer nicht mitmacht, wird bestraft. Selbstverständlich erwarten die USA nicht von allen dasselbe. Von *Grossbritannien* erwarten sie das aktive Mitmachen bei der Kriegführung. Von *Deutschland* erwarten sie, wenn es bei einem völkerrechtswidrigen Krieg schon nicht mitmacht, dass es mindestens logistische Hilfe leistet und den Bundesnachrichtendienst zur Verfügung stellt. Was die *Schweiz* betrifft, sind die USA vor allem daran interessiert, die *Legitimitätsressource «Neutralität»* anzuzapfen. Diese hat weltweit, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, ein grosses Prestige. Das war der Hauptgrund, dass die USA Schweizer Panzer im Irak einsetzen wollte. Das gleiche gilt für Afghanistan, wo ein Schweizer Einsatz zusätzlich dazu dient, andere Länder stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Tatsache, dass die symbolische Bedeutung der Beteiligung am «war on terror» wichtiger ist als die materielle und personelle, heisst nicht, dass diese bedeutungslos wäre. Vor allem auf der Ebene der Geheimdienste ist die Zusammenarbeit sehr eng und für die USA und Grossbritannien sehr nützlich.

Was die schweizerische Seite betrifft, besteht seitens der Armeeführung ein hohes Interesse, die *militärischen Auslandeinsätze* auszubauen. Weil die Landesverteidigung ebenso anachronistisch geworden ist, wie es im frühen 19. Jahrhundert die Schanzen, Bollwerke und Mauern der Städte waren, und weil die Einsätze im Inneren höchst umstritten und verfassungswidrig sind, ist die Armee zur Sicherung ihrer eigenen Existenz auf eine Vermehrfachung der Auslandeinsätze angewiesen. Dieses Interesse der Schweizer Armee trifft sich nicht nur mit dem des US-amerikanischen «war on terror». Beide treffen sich in den zwei historischen Hauptaufgaben aller Armeen der entwickelten kapitalistischen Länder: der *Sicherung der Rohstoffquellen* und Roh-

stoffzufuhr und der *Abwehr von Migrationsströmen.* Man befürchtet nicht zuletzt, dass der durch die Treibhausgase verursachte Klimawandel riesige Völkerwanderungen provozieren könnte.

Wer die *Krisenszenarien* der USA, der Nato, der EU wie auch der Schweizer Armee studiert, der trifft immer auf die zwei erwähnten Hauptgefahren. Als sich die *Nato* im April 1999 unmittelbar nach ihrem völkerrechtswidrigen Kosovokrieg von einem atlantischen Defensiv- in ein *globales Offensivbündnis* verwandelte, betrachtete sie in ihrem Strategiedokument die «Garantie der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen» sowie die «Abwehr der unkontrollierten Bewegung einer grossen Zahl von Menschen» als ihre Hauptaufgaben. Um Ähnliches geht es bei den Interventions-Szenarien der *Europäischen Union*, wie beispielsweise ihr European Defence Paper aus dem Jahre 2004 illustriert: «In einem Land x, das an den Indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.» Ziel sei es, «das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallationen, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.»

Da die EU realistischerweise davon ausgeht, dass die *UNO* für eine solche Neuauflage der alten Kanonenbootpolitik schwer zu gewinnen ist, verzichtete sie in der glücklicherweise abgelehnten Verfassung vorsorglicherweise auf eine Mandatierung durch den Sicherheitsrat. In ihren «Grundlagen der militärstrategischen Doktrin» vom Februar 2000 begründete auch die Schweizer Armee die «Ausrichtung des Gesamtsystems auf Interoperabilität» mit der Nato durch folgende «Risiken»: «Ressourcen, Wasser- und Nahrungsmittelmangel sowie Armutswanderungen.» Bereits vor dem 11. September 2001 empfahl US-Vizepräsident Dick Cheney in Punkt 8 der «National Energy Policy», Sanktionen gegen andere Staaten in den Dienst der eigenen Energieversorgung zu stellen.

In der Sicherung der hauptsächlich in der Dritten Welt vorkommenden Rohstoffe zugunsten eines auf den *Fossilismus* bauenden Kapitalismus und in der Absicherung des Nordwestens dieses Planeten gegen die Armen des Südens liegt der Sinn des *globalen Neomilitarismus.* Allerdings hätte sich dieser mit den Argumenten, wie sie in internen Szenarien geschildert werden, nie derart ausbreiten können. Das gelang ihm nur mit einer *Menschenrechts-Rhetorik,* für die Tyrannen wie *Slobodan Milosevic* die Rolle eines «diabolus ex machina» spielten.

Neu ist der *Missbrauch guter Ideale für schnöde Interessen* nicht. Als die britische Armee *Indien* besetzte, tat sie es mit dem Argument, die Barbarei der Witwenverbrennung auszurotten. Als die Briten Indien verliessen, waren sie viel reicher, die Inder viel ärmer und die Witwenverbrennung gab es immer noch. Als König Leopold den *Kongo* kolonialisierte, was einem Drittel der Menschen das Leben kostete, lautete sein auch von Idealisten geglaubtes Motiv, es gehe um die Befreiung Schwarzafrikas vom arabischen Sklavenhandel.

Als das Schweizer Volk vor fünf Jahren, im Juni 2001, die *bewaffneten Auslandeinsätze* guthiess, war noch nicht klar, worum es beim kontinentalen und globalen Ausgreifen der helvetischen und anderer Armeen ging. Heute kommt die Befürwortung weiterer Auslandeinsätze einem Ja zur Neuauflage des *europäischen Kolonialismus* und zur Stärkung des *US-Imperialismus* gleich. Und es bedeutet die Komplizenschaft bei der Verletzung von Menschenrechten, bei der Spaltung zwischen muslimischer und abendländischer Welt und bei der Verlängerung einer Rohstoff- und Energiepolitik, welche mit dem Krieg schwanger geht. •